

Infos zum Stand der Initiativen gegen Rüstungsexporte beim Neujahrsempfang von Ökopax 2017

Aus dem Rüstungsexportbericht der GKKE von 2016:

- Internationaler und deutscher Rüstungshandel nehmen stark zu
- Verdopplung deutscher Exporte in 2015 gegenüber 2014 auf 12.82 Mrd.€
- Zahlen aus dem ersten Halbjahr 2016 bestätigen ansteigenden Trend
- EU Länder machen 23% am weltweiten Rüstungsexport aus, Deutschland 4-5%
- Fast 60% der Ausfuhren gehen an Drittstaaten (Nicht EU und NATO Staaten oder ihnen gleichgestellte)
- In 34 dieser Drittstaaten herrschen Gewaltkonflikte (Ausschlusskriterium!!)
- Zwar sinkender Export von Kleinwaffen aber Verzehnfachung des Munitionsexportes
- Hauptempfängerländer: Katar (v.a. Kampfpanzer und Panzerhaubitzen, 1,6Mrd.€), Türkei, VAE, Saudi Arabien, Israel. Für alle gilt: Verwicklung in Gewaltkonflikte und schlechte Menschenrechtslage = Ausschlusskriterium!
- SA hat trotz nachgewiesener Kriegsverbrechen im Jemen im Dez. 2016 42000 Zünder für Artilleriewaffen bekommen.
- Peschmerga haben als semi-staatliche Akteure 3000 G36 + 5 Mill. Schuss Munition und 200 Lenkflugkörper erhalten trotz nachgewiesener Kriegsverbrechen und illegalem Weiterverkauf

Erwartbare Entwicklung:

Das Weißbuch 2016 lässt auf Fortsetzung / Verstärkung der Rüstungsexporte schließen. Es formuliert drei Ziele:

- Deutsche Sicherheitspolitik verfolgt eine Ertüchtigungsstrategie der politischen Partner: Sie werden geschult und ausgerüstet, damit sie ihre Konflikte ohne internationale Hilfe militärisch lösen können.
- Schlüsselindustrien im Rüstungssektor sollen erhalten werden, notfalls mit Exporthilfen
- Europäisierung von Rüstungsproduktion und -export – Gefahr der Harmonisierung von Richtlinien auf niedrigem Niveau

Politische Forderungen aus Sicht der Friedensbewegung:

Fernziel: Komplettes Verbot von Rüstungsexporten durch Ergänzung des Artikels 26,2 des Grundgesetzes um den Zusatz: „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert“ - so formuliert bei der Gründung der „**Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!**“

Teilziele:

- Exportverbot von Kleinwaffen und Munition
- Konversion
- keine Hermesbürgschaften
- keine Lieferung an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten
- keine Entwicklung und Beschaffung von Kampfdrohnen
- absoluter Vorrang von gewaltfreien Konfliktlösungen
- Erlass eines Rüstungskontrollgesetzes („Gemeinsamer Standpunkt der EU“ und deutsche Richtlinien/Gesetze)
- Formulierung einer Negativ Liste
- Begründungspflicht der Exportbefürworter
- Verbandsklagerecht gegen Ausfuhrgenehmigungen
- Debatte und Beschlussfassung im Parlament